

## **D-03 Mehr Demokratie ist die Lösung**

Antragsteller/innen: BuVo

Gegenstand: Mehr Demokratie ist die Lösung - Rechtsextremismus

Anmerkungen: BuVo-Beschluss vom 12.10.2011

### **Gefahr für die Demokratie von Rechts**

1 Rechtsextremes und rassistisches Gedankengut sind in unserer Gesellschaft weit verbreitet.  
2 So wurde die NPD bei den letzten Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern in Gemeinden wie  
3 Koblentz, Wilhelmsburg, Blesewitz oder Postlow stärkste Kraft. Der Verfassungsschutz  
4 schätzte die Zahl der gewaltbereiten Neo-Nazis jüngst auf 9.500 Personen und berichtete  
5 von einem deutlichen Anstieg der Gewaltbereitschaft sowie einer gestiegenen Bereitschaft,  
6 Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele einzusetzen. Ganz nach dem Motto „Nadelstreifen  
7 und Baseballschläger“ verfolgen rechtsextreme und rassistische Gruppen ein doppeltes  
8 Spiel, um mit Präsenz vor Ort für gesellschaftliche Akzeptanz und mit Gewaltbereitschaft im  
9 Hintergrund für Anerkennung in der Szene zu sorgen. Doch nicht nur in einem radikalen  
10 Spektrum findet rechtsextremistisches, autoritäres, rassistisches, antisemitisches,  
11 homophobes und antimuslimisches Gedankengut Rückhalt, sondern in der gesamten  
12 Gesellschaft trifft dieses Gedankengut auf Resonanz. So verfügen laut einer Studie der  
13 Friedrich-Ebert-Stiftung von 2010, 9,7 Prozent der Befragten über ein antisemitisches  
14 Weltbild, 24,7 Prozent sind ausländerfeindlich, 19,3 Prozent zeigen chauvinistische  
15 Einstellungen und 5,1 Prozent befürworten eine Diktatur als Staatsform. Nach Berechnungen  
16 von Wilhelm

17 Heitmeyer steigt vor allem antimuslimischer Rassismus stark an: Stimmten 2009 bereits 21  
18 Prozent der Befragten dem Satz „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland  
19 untersagt werden“ zu, so waren es 2010 ganze 26 Prozent. Auch die Debatten um die  
20 Eurokrise und besonders um die Hilfen zur Rettung Griechenlands zeigen genauso wie die  
21 breite Zustimmung zu Sarrazins kruden Thesen, wie tief verwurzelt rassistische Denkweisen  
22 in breiten Teilen der Gesellschaft sind.

23 Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist diese zunehmende Verankerung und die Radikalisierung  
24 der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit sowie die damit einhergehende zunehmende  
25 Verbreitung von u.a. rechtsextremistischen, autoritären, rassistischen, antisemitischen,  
26 homophoben und antimuslimischen Leitbildern nicht hinnehmbar. Unser Engagement wird  
27 sich auch in Zukunft nicht nur darauf beschränken, uns Rechtsextremen und RassistInnen in  
28 den Weg zu stellen. Uns geht es um die Stärkung der Demokratie, die Durchbrechung der  
29 Schweigespirale, das aktive Eintreten gegen Diskriminierungen und die Unterstützung von  
30 Initiativen, die sich gegen Rechts und für Demokratie engagieren. Nur so und mit breiten  
31 gesellschaftlichen Bündnissen, die für den Aufstand der Zu- und sogenannten Anständigen  
32 stehen, kann auf Dauer den Nazis und deren menschenverachtender Ideologie die  
33 Grundlage entzogen werden.

### **Nadelstreifen und Baseballschläger, Kapuzenpulli und Totschläger**

35 War die Öffnung hin zu vermeintlich linken Jugendsubkulturen bisher für viele in der  
36 rechtsextremen Szene bis vor kurzem undenkbar, so hat sich inzwischen ihre Strategie

37 geändert. Verstärkt versuchen rechtsextreme Jugendliche, sich vom Mief der alten  
38 Skinheadszenen zu lösen und orientieren sich im Auftreten, Aussehen und  
39 Musikgeschmack an der autonomen Linken oder der Hip Hop-Szene. Insbesondere die  
40 „Autonomen Nationalisten“ erfahren unter Jugendlichen immer mehr Zuspruch. Doch trotz  
41 deren Ablehnung der zum Teil veralteten Rechtsparteien kommt es auf lokaler Ebene  
42 immer wieder auch zu Kooperationen, insbesondere mit der NPD.

43 Vor allem der vorpolitische Raum spielt bei der schleichend zunehmenden Akzeptanz von  
44 Neo-Nazis eine entscheidende Rolle. Nazis treten dort als „sorgende“ Personen auf, als  
45 „Kümmerer“, wo sich Staat und Gesellschaft zurückziehen. Sei es als Einkaufshilfe für die  
46 alte Nachbarin, bei der Beratung zum ALG II-Antrag oder in Vereinen und der  
47 Jugendarbeit: Durch gezieltes soziales Auftreten nach dem Motto „Deutsche helfen  
48 Deutschen“ erreichen Nazis in ihren Regionen eine gesellschaftliche Akzeptanz, die es  
49 ihnen in der Folge auch erlaubt, offen und unverhohlen zur NPD und zu ihren Hetztiraden  
50 zu stehen und diese gesellschaftsfähig zu machen. Eine entscheidende Rolle nimmt dabei  
51 auch der Sport und hier insbesondere der Fußballplatz sowie Fußball-Fan-Gruppen ein.  
52 Auch wenn dieses aggressive und platzhirschartige Auftreten offen vor allem in  
53 Ostdeutschland zu spüren ist, so kann daraus nicht geschlossen werden, dass  
54 rechtsextreme und rassistische Überzeugungen nur dort existieren. Verschiedenste  
55 Umfragen und Untersuchungen zeigen, dass in Westdeutschland rechtsextremes und  
56 menschenverachtendes Gedankengut in ähnlich hohem Maß verbreitet ist.

57 Das Auftreten als „Kümmerer“ darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass gerade die  
58 „Autonomen Nationalisten“ einen besonderen Akzent auf aktionsorientierte Formen der  
59 politischen Auseinandersetzung legen. Das heißt nichts anderes als die gezielte Suche  
60 nach gewalttätigen Konfrontationen mit dem politischen Gegner. 2008 wurde ein  
61 politisches Sommercamp der Linksjugend in Hessen angegriffen und eine 13-jährige  
62 Schülerin schwer verletzt, in Wetzlar in Hessen wurde 2010 das Wohnhaus eines  
63 Antifaschisten angezündet, in Dortmund attackierten „Autonome Nationalisten“ eine  
64 Gewerkschaftsdemonstration und nach den Protesten 2010 in Dresden wurden  
65 GewerkschaftlerInnen auf Rastplätzen zusammengeschlagen. Rund um das jährlich  
66 stattfindende Nazispektakel „Rock für Deutschland“ in Gera wurden 2011 immer wieder  
67 die Wahlkreisbüros von Grünen, Linken und Sozialdemokraten angegriffen, die zum  
68 Bündnis „Gera nazifrei“ gehörten, das gleiche geschah im Landtagswahlkampf in  
69 Mecklenburg-Vorpommern 2011. Die rechtsextreme Szene setzt immer mehr, auch  
70 öffentlich wahrnehmbar und nicht mehr verdeckt, auf Einschüchterung und Gewalt, um  
71 zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechts zu verhindern. Dies zeigte sich auch im  
72 offenen Angriff Rechtsextremer auf einen jungen Wahlkämpfer von BÜNDNIS 90/DIE  
73 GRÜNEN auf Rügen im Sommer 2011. Die Gewalt richtet sich aber nicht nur gegen  
74 politisch Andersdenkende, sondern auch gegen Personen aufgrund eines bestimmten  
75 Merkmals wie Herkunft, Religion, sexuelle Orientierung oder Behinderung. Damit ist  
76 rechtsextreme Gewalt immer auch ein Angriff auf unsere vielfältige und demokratische  
77 Gesellschaft.

78 Die Neo-Nazi-Szene wird nach wie vor von Männern dominiert. Auch im Wahlverhalten  
79 unterscheiden sich Männer und Frauen. So wählten bei den Landtagswahlen in diesem  
80 Jahr in Mecklenburg-Vorpommern 8 Prozent der Männer und 4 Prozent der Frauen die  
81 NPD, in Sachsen-Anhalt waren es 7 Prozent der Männer und dagegen „nur“ 3 Prozent der  
82 Frauen. Besonders besorgniserregend ist das Ergebnis der NPD bei den Erstwählern.  
83 17% der männlichen Erstwähler in Mecklenburg-Vorpommern wählten die NPD,  
84 rassistische und rechtsextreme Einstellungen sind bei Frauen jedoch ebenso weit  
85 verbreitet wie bei Männern. Es ist nur nicht so häufig auf den ersten Blick erkennbar.

86 Doch gerade die NPD hat längst erkannt, dass sie sich um Frauen nicht nur für den  
87 Aufbau des eigenen Images als vermeintlich konservativ-bürgerliche Partei bemühen  
88 muss, sondern vor allem auch als Wählerinnen. So sind in Nordrhein-Westfalen laut  
89 Angaben des Landesverfassungsschutzes bereits 15 bis 20 Prozent der NPD-Mitglieder  
90 weiblich. Auch innerhalb der „freien“ Naziszene sind mittlerweile viele Frauen aktiv, die  
91 unauffälliger agieren und Demos anmelden, Veranstaltungsräume mieten und durch ihre  
92 Arbeit im Hintergrund, sei es im Sportverein, der Krabbelgruppe oder im Chor weitere  
93 gesellschaftliche Akzeptanz für braunes Gedankengut schaffen. Insgesamt stabilisieren  
94 Frauen die rechtsextreme Szene inzwischen mit ihrer Arbeit. Immer seltener werden  
95 rechtsradikale Männer durch Partnerinnen, die sich außerhalb der Szene befinden, zu  
96 einem Ausstieg ermutigt.

### 97 **Antimuslimischer Rassismus breitet sich aus**

98 Es ist aber nicht nur der rechtsextreme und gewaltbereite Teil der Szene, der uns Sorgen  
99 bereitet. Gerade die selbsternannten „IslamkritikerInnen“ erhalten immer stärkeren  
100 Zuspruch. Die sogenannte Sarrazin-Debatte hat exemplarisch gezeigt, wie tief die  
101 unbestimmte Angst vor „Fremden“ verwurzelt ist. Erschreckend ist dabei besonders die  
102 biologistische Argumentation, die unterschiedliches Aussehen und vorhandene Talente  
103 genetisch zu erklären versucht. .

104 Im Netz sammeln sich RechtspopulistInnen auf antimuslimischen Hetzseiten wie Political  
105 Incorrect (PI)-News, Kreuz.net oder in anderen einschlägigen Blogs und verbreiten dort  
106 ihre menschenverachtenden Botschaften. So wird mit übler Rhetorik gegen MuslimInnen  
107 gehetzt und vor vermeintlicher „Überfremdung“ gewarnt. Ins Fadenkreuz ihrer Propaganda  
108 geraten dabei auch all jene, die sich für eine multikulturelle Gesellschaft engagieren. PI-  
109 News hat dabei den Status eines Blogs längst überschritten. Dahinter stehen Ortsgruppen,  
110 Aktivisten rekrutieren, Veranstaltungen organisieren und dabei ganz gezielt den Kontakt in  
111 die rechtsextreme Szene pflegen. Die Beiträge auf der Webseite überschreiten nach  
112 Einschätzung einiger ExpertInnen regelmäßig die Grenzen zum Gewaltaufruf oder zur  
113 Volksverhetzung. Angesichts der allgemeinen Praxis bei Beobachtungen durch den  
114 Verfassungsschutz erfüllen diese Seiten längst die dafür gängigen Kriterien.

115 Auch Parteien wie Pro Deutschland ziehen mit antimuslimischen Botschaften in den  
116 Wahlkampf und organisieren Veranstaltungen mit führenden IslamhaterInnen aus ganz  
117 Europa. In vielen Ländern Europas feiern IslamhasserInnen mit ihrer antimuslimischen  
118 Hetze Wahlerfolge, ziehen in die Parlamente ein und werden zu geistigen  
119 BrandstifterInnen. Sie schüren Hass und Gewalt gegenüber MuslimInnen, da sich  
120 Rechtsextreme durch deren Politik geradezu aufgefordert fühlen, aktiv zu werden. Ein  
121 besonders furchtbares Beispiel dafür ist das mörderische Vorgehen des Norwegers  
122 Anders Breivik, der im Sommer 2011 blind vor Hass in Oslo einen Bombenanschlag verübt  
123 und das Sommercamp der Jugendorganisation der norwegischen SozialdemokratInnen  
124 mit Feuerwaffen angegriffen hat. Die erschütternde und traurige Bilanz dieser tödlichen  
125 Übergriffe: Insgesamt starben 77 Menschen, zum großen Teil Jugendliche. Gestützt in  
126 seiner Ideologie fühlte sich der Täter unter anderem durch Artikel auf PI-News.

### 127 **Bundesregierung versagt - Schwarz-Gelber Bespitzelungsauftrag nützt nur den** 128 **Nazis**

129 Die Stärkung der Demokratie und der Kampf gegen gruppenbezogene  
130 Menschenfeindlichkeit kann nur vor Ort gewonnen werden. Initiativen und Gruppen, die  
131 sich lokal engagieren, sind für die Demokratie unersetzlich und müssen von Seiten des  
132 Staates gefördert werden. Die von der Bundesregierung erzwungene  
133 „Extremismusklausel“ schadet und schwächt jedoch gerade diese Gruppen. Anstelle

134 lokale Projekte langfristig zu unterstützen, zwingt die Bundesregierung alle Initiativen und  
135 Gruppen zur Bespitzelung der Aktiven vor Ort. Träger von zivilgesellschaftlichem  
136 Engagement werden gezwungen, die „Extremismusklausel“ zu unterschreiben, wenn sie  
137 für ihre Projekte gegen Nazis und rechte Gewalt Finanzmittel beantragen. Sie werden  
138 unter Generalverdacht gestellt und sollen de facto ihre KooperationspartnerInnen  
139 überprüfen. Dies entspricht einer staatlich verordneten Gesinnungsschnüffelei, weshalb  
140 sich viele Initiativen zu Recht weigern, diese Klausel zu unterschreiben. Die bittere Folge  
141 ist die Einstellung ihrer Förderung durch die Bundesregierung und einiger  
142 Landesregierungen. Damit ist keinem geholfen, außer den Nazis.

143 Politisch steckt hinter dem von Familienministerin Kristina Schröder forcierten  
144 Extremismuskurs die unselige Gleichsetzung von völlig unterschiedlichen politischen  
145 Phänomenen. Dabei wird übersehen, dass es beispielsweise seit Mitte der neunziger  
146 Jahre weit mehr als 100 Tote allein in Deutschland durch Neo-Nazis und rechte Gewalt  
147 gab. Mit ihrer fatalen Gleichsetzungslogik betreibt die Ministerin ein gefährliches Spiel,  
148 denn sie verharmlost mit ihrem schwammigen Extremismusbegriff rechtsextreme,  
149 antisemitische, homophobe und rassistische Gewalt, kriminalisiert Anti-Nazi-Initiativen und  
150 verharmlost menschenverachtende und antisemitische Einstellungen in der sogenannten  
151 „Mitte der Gesellschaft“. Gleichzeitig führt die rechtliche Unbestimmtheit gepaart mit einer  
152 ideologischen Aufladung des Extremismusbegriffs in der Praxis zu großer  
153 Rechtsunsicherheit und damit oft zu gerichtlichen Auseinandersetzungen. BÜNDNIS  
154 90/DIE GRÜNEN stehen auf der Seite der AktivistInnen und fordern die umgehende  
155 Rücknahme der Extremismusklausel durch die Bundesregierung.

156 Lokale Projekte müssen langfristig gefördert und mit nachhaltigen Strategien zur  
157 Bekämpfung von Rechtsextremismus verbunden sein. Daher ist auch die von der  
158 Bundesregierung eingeplante Kürzung von zwei Millionen Euro im Haushaltstitel „Kampf  
159 gegen Rechts“ ein Schritt in die falsche Richtung. Wir setzen uns dafür ein, dass die Mittel  
160 im Kampf gegen Rechts erhöht werden und so Demokratie vor Ort gestärkt wird.

161 ***Die NPD – undemokratisch, menschenverachtend und totalitär - alles andere als***  
162 ***eine „normale“ Partei!***

163 Mit besonderer Sorge betrachten wir die Entwicklung der NPD. Sie hat es geschafft, sich  
164 im parteipolitisch rechtsextremen Lager als zentrale, relevante Kraft zu behaupten. Durch  
165 die eingeleitete Fusion mit der DVU und der Marginalisierung der Republikaner ist die  
166 NPD der zentrale Ansprechpartner für rechte Strömungen und freie Kameradschaften in  
167 Deutschland geworden. Dass es der NPD nun auch in Mecklenburg-Vorpommern  
168 gelungen ist, erneut in den Landtag einzuziehen und die Fraktion, wie schon 2009 in  
169 Sachsen, zu verteidigen, zeigt, dass die NPD eben nicht nur eine kurzzeitige Protestpartei  
170 ist, sondern sich gerade im ländlichen Raum verfestigt hat.

171 Auch wenn es die NPD dank des engagierten und erfolgreichen Kampfes der  
172 demokratischen Parteien, Kirchen, Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften und  
173 Initiativen gegen Rechts in Thüringen mit 4,3 Prozent und in Sachsen-Anhalt mit 4,6  
174 Prozent bei den letzten Wahlen jeweils knapp verfehlt hat, in die Landtage einzuziehen, ist  
175 eine Entwarnung nicht angemessen. Denn gerade der NPD gelingt es immer besser, sich  
176 in weiten Teilen Ostdeutschlands kommunal zu verankern. Ihr finanzielles und  
177 organisatorisches Rückgrat bildet dabei die parlamentarische Verankerung in den  
178 Landtagen von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern.

179 Im Inneren der NPD tobte lange Zeit ein Machtkampf zwischen eher „bürgerlicheren  
180 Nazis“ und den radikalen Kräften aus den freien Kameradschaften. Diesen Kampf  
181 scheinen die radikalen Kräfte gewonnen zu haben. Die NPD sucht immer wieder die Nähe

182 zum Nationalsozialismus und sieht sich in direkter Nachfolge zur NSDAP. Bestes Beispiel  
183 dafür ist eine Kundgebung der NPD am 15. September 2011 vor dem Thüringer Landtag  
184 zum Jahrestag des Beschlusses der sogenannten Nürnberger Rassegesetze. Auf solchen  
185 Demonstrationen und auf Konzerten sucht die NPD die Nähe zu den „Autonomen  
186 Nationalisten“ und den freien Kameradschaften und tritt auch gezielt gemeinsam mit ihnen  
187 auf. Die NPD steht bei allen bürgerlichen Imageversuchen ohne Wenn und Aber für die  
188 Abschaffung der parlamentarischen Demokratie.

189 Solange Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit tief in  
190 der Mitte der Gesellschaft verwurzelt sind, wird es rechtsextreme Gruppierungen geben.  
191 Ein Verbot der NPD wird im Kampf gegen Rechtsextremismus kein Allheilmittel sein.  
192 Verbote sind in einer Demokratie immer nur das letzte Mittel der Auseinandersetzung,  
193 denn Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut, die Stärkung der Demokratie lässt sich nicht mit  
194 deren Einschränkung erreichen. Die Meinungsfreiheit endet jedoch klar bei  
195 Volksverhetzung, Holocaustleugnung oder dem Versuch, den demokratischen Rechtsstaat  
196 abzuschaffen.

197 Wegen der zunehmenden Gewaltbereitschaft und des offenen, unverhohlenen hetzerischen  
198 Auftretens der NPD setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dafür ein, die Grundlagen für  
199 ein neues NPD-Verbotsverfahren zu schaffen. Solange unklar ist, wie viele NPD-Kader im  
200 Sold des Verfassungsschutzes stehen und diese nicht abgezogen werden, sind die  
201 Erfolgsaussichten für ein erneutes Verbotsverfahren jedoch gering. Wir hegen jedoch  
202 große Zweifel daran, dass V-Leute innerhalb der NPD einen elementaren Beitrag dazu  
203 leisten, Gewalt zu verhindern. Im Gegensatz dazu ist zu fragen, ob sie nicht durch ihre  
204 Arbeit und ihr Engagement sogar zur Stabilisierung der NPD beitragen. Gerade beim  
205 Abzug der V-Leute sind die Innenminister der Länder gefordert, endlich ihren  
206 sonntäglichen Anti-Rechts-Reden Taten folgen zu lassen. Auch wenn Verbote im Kampf  
207 gegen rechte Ideologien kein Allheilmittel sein können, darf ein NPD-Verbot nicht  
208 grundsätzlich ausgeschlossen sein. Gerade die staatliche Finanzierung und das Auftreten  
209 als angeblich demokratische Partei erlauben es der NPD, handlungsfähig zu bleiben und  
210 ermöglichen ihr Podien im öffentlichen Raum, auf denen sie ungehemmt agitieren und ihre  
211 Propaganda verbreiten kann. Ein Verbot kann aber nur dann nachhaltig Wirkung entfalten,  
212 wenn es danach für die organisierten Neo-Nazis keine Ausweichmöglichkeiten in andere  
213 Strukturen gibt, gleichzeitig die Demokratiebildung ausgebaut wird und durch gezielte  
214 demokratische Jugendarbeit flächendeckend Angebote unterbreitet werden. Zudem  
215 braucht es neben EXIT offensive Ausstiegsangebote – insbesondere auch für Frauen,  
216 Kindern von Nazis und Mädchen aus der rechten Szene. In diesem Sinne begrüßen wir  
217 das Verbot der Hilfgemeinschaft für Nationale Gefangene, die sich um rechtsextreme  
218 StraftäterInnen und deren Familien bemühte, um so deren rechtes Weltbild zu festigen  
219 und sie auch im Gefängnis zu unterstützen. Nun liegt es allerdings auch in staatlicher  
220 Verantwortung, die Betroffenen künftig zu betreuen und ihnen Wege jenseits der  
221 Naziszene aufzuzeigen.

### 222 ***Handlungsmöglichkeiten gegen Rassismus und Rechtsextremismus***

223 Statt politischer Scheindebatten um politischen Extremismus braucht es eine  
224 Gesamtstrategie gegen rassistisches und menschenverachtendes Gedankengut sowie  
225 gegen rechte Gewalt. Dazu gehört der Blick auf alle Ebenen – auch unter der  
226 Berücksichtigung von Genderaspekten, demokratischer Bildung und einer starken  
227 Zivilgesellschaft. Die Handlungsmöglichkeiten müssen dafür bestmöglich ausgeschöpft  
228 werden.

229  Wir fordern eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen, damit diese in

- 230 der Jugend- und Sozialarbeit Angebote schaffen können und so den öffentlichen  
231 Raum nicht den Nazis zu überlassen. Besonders in ländlichen Regionen und  
232 angesichts der vielerorts desaströsen finanziellen Ausstattung der Kommunen  
233 haben sich die Zivilgesellschaft, aber auch die Parteien immer weiter  
234 zurückgezogen. Städte und Gemeinden bieten zu wenig Unterstützung und keine  
235 ausreichende Jugend(sozial)arbeit mehr an. Diese Lücke nutzen die  
236 Rechtsextremisten aus. Daher setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für  
237 demokratische Jugendangebote ein, sei es in staatlichen oder von freien Trägern  
238 betriebenen Jugendclubs, in Schulen, in der Jugendverbandsarbeit, bei der  
239 Feuerwehr oder im Sportverein.
- 240 □ Wir setzen uns für gezielte Schulungen von TrainerInnen und ÜbungsleiterInnen in  
241 den Sportvereinen ein, damit sie sich rechter Hetze entschieden in den Weg stellen  
242 können.
  - 243 □ Wir fordern die Stärkung der Demokratieerziehung an Schulen und in anderen  
244 Bildungsstätten. Von der frühkindlichen Erziehung in der Kita über die schulische  
245 und universitäre Bildung oder an Berufsschulen bis hin zur Erwachsenenbildung  
246 durch Volkshochschulen und andere Bildungsträger müssen zivilgesellschaftliche,  
247 werteorientierte und demokratische Kompetenzen vermittelt werden. Deshalb  
248 unterstützen wir auch die Arbeit von Programmen wie „Schule ohne Rassismus –  
249 Schule mit Courage“ sowie „Schule ohne Homophobie – Schule der Vielfalt“.
  - 250 □ Wir fordern, bei der Ausbildung von ErzieherInnen und LehrerInnen  
251 Demokratieerziehung als obligatorischen Bestandteil des Curriculums zu etablieren,  
252 um sie in die Lage zu versetzen, rechtsextremes Gedankengut frühzeitig zu  
253 erkennen und ihm entgegen zu wirken.
  - 254 □ Wir stehen für eine Neuorientierung der Erinnerungskultur, denn immer weniger  
255 Zeitzeugen können aus eigener Erfahrung von den Schrecken der Nazis, der  
256 Konzentrationslager und aus den Erfahrungen des Vernichtungskriegs berichten.
  - 257 □ Wir fordern die Rücknahme der Extremismusklausel sowie ein Bundesprogramm  
258 gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und gegen Rechtsextremismus, für  
259 das jährlich 50 Millionen Euro bereitgestellt werden müssen. Nur so kann  
260 gewährleistet werden, dass Initiativen vor Ort nachhaltig arbeiten und Wirkung  
261 erzeugen können. Eine Modellprojektförderung, wie sie derzeit von der  
262 Bundesregierung betrieben wird, ist der falsche Ansatz.
  - 263 □ Wir setzen uns dafür ein, dass der Rechtsstaat all seine ihm zur Verfügung  
264 stehenden Mittel konsequent nutzt, um rechte Gewalt zu verhindern. Hierzu gehört  
265 neben mehr PolizistInnen auf den Straßen auch ein konsequentes Vorgehen der  
266 Staatsanwaltschaft und der Gerichte.
  - 267 □ Wir fordern den konsequenten Ausbau und die Unterstützung von  
268 AussteigerInnenprogrammen, die über EXIT hinausgehen. Gerade für Frauen und  
269 ihre Kinder braucht es gezielte Angebote, um dauerhaft aus der Szene  
270 auszusteigen, ohne dabei Angst vor Racheakten haben zu müssen.
  - 271 □ Wir setzen uns für flächendeckendere und spezifischere Opferberatungsstellen für  
272 Betroffene von rechter Gewalt ein. Zu häufig wird gerade Jugendlichen, die sich  
273 einer vorherrschenden rechten Hegemonie nicht beugen wollen, unterstellt, sie  
274 seien selbst Schuld an der Gewalterfahrung, wenn sie Nazis durch entsprechende  
275 Kleidung oder Buttons provozieren. Auch Menschen mit Migrationshintergrund  
276 brauchen hier unterstützende Angebote und geschulte BeamtenInnen, die um deren  
277 besondere Schwierigkeiten wissen.
  - 278 □ Wir stehen dafür, auch im Kampf gegen RechtspopulistInnen durch Aufklärung,  
279 Bildung und gezielte Aktionen Flagge zu zeigen. Initiativen und Bündnisse, die

280 derzeit vor allem im Netz agieren, müssen von Seiten des Staates finanziell und  
281 rechtlich im Kampf gegen RechtspopulistInnen unterstützt werden. Es gilt im  
282 Kleinen wie im Großen aufzuzeigen, dass der antimuslimische Rassismus einzig  
283 auf Ressentiments, Ausgrenzung und Diffamierung basiert. PolitikerInnen, die mit  
284 zweideutigen Aussagen an der Grenze zum antimuslimischen Rassismus auf  
285 Stimmenfang gehen, machen entsprechende Ansichten erst hoffähig. Um dem  
286 entgegen zu wirken, müssen alle Gruppen unserer Gesellschaft eingebunden und  
287 zur aktiven Mitarbeit ermuntert werden. Hier tragen insbesondere die Parteien eine  
288 entscheidende Verantwortung. Aber auch Medien, Sportvereine, Jugendclubs und  
289 Schulen sind in der Verantwortung, die Vielfältigkeit unserer Gesellschaft  
290 widerzuspiegeln und unterschiedliche Lebensformen zueinander zu führen.

291 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden auch weiterhin aktiv zu Demonstrationen gegen Nazis  
292 und rechte Gewalt aufrufen und selbst Gesicht zeigen. Dabei sind friedliche Blockaden  
293 von Naziaufmärschen ein legitimes und notwendiges Mittel des Protests. Wir lassen es  
294 nicht zu, dass der Kampf gegen Nazis in Gut und Böse unterteilt wird. Blockaden sind oft  
295 die einzige Möglichkeit, die alten und neuen Nazis friedlich von der Verbreitung ihrer  
296 menschenverachtenden Ideologie abzuhalten. Unser Ziel sind dabei breite Bündnisse und  
297 die Stärkung der lokalen Initiativen.

298 Mit großer Sorge sehen wir die Repression und Einschüchterung von Aktiven, die offen  
299 gegen rechte Gewalt eintreten. Beispielhaft sind hier die Durchsuchungen und  
300 Diskreditierungen des Jenaer Stadtjugendpfarrers Lothar König, der seit Jahrzehnten  
301 offene Jugendarbeit gegen Rechts anbietet. Ebenso problematisch sehen wir die  
302 Einschüchterung und Diskreditierung des Bündnisses "Dresden nazifrei". Millionen von  
303 Handydaten wurden bei den Protesten gegen den Naziaufmarsch im Februar 2011  
304 gespeichert und die zivilgesellschaftlich Engagierten damit unter einen Generalverdacht  
305 gestellt. Das Vorgehen der sächsischen Polizei und Staatsanwaltschaft halten BÜNDNIS  
306 90/DIE GRÜNEN für einen Skandal, der letztlich nur denjenigen hilft, gegen die wir immer  
307 wieder auf die Straßen und Plätze gehen.

308 Unsere Solidarität gilt allen, die bunt, laut und vielfältig den Nazis keinen Raum lassen.

309